

erschienen in: Birgit Bütow/Karl August Chassé/Rainer Hirt (Hrsg.), Soziale Arbeit nach dem Sozialpädagogischen Jahrhundert. Positionsbestimmungen Sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat, Opladen & Farmington Hills: Barbara Budrich 2008, 127-142 (*der Umbruch in diesem Dokument entspricht nicht vollständig dem Buch*)

Welchen Sozialstaat braucht die Soziale Arbeit der Zukunft?

Michael Opielka

Der Zusammenhang von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit ist komplex. Zugleich nimmt die Soziale Arbeit im Gesamtgefüge des modernen Sozialstaats eine noch immer unterschätzte Rolle ein. In einem beeindruckenden Vergleich der Entwicklung sozialer Dienste in Deutschland, Frankreich und Großbritannien gelangt Thomas Bahle zu einem Ergebnis, das diese Unterschätzung auf den ersten Blick revidieren kann: „Ohne Zweifel beginnen sich überall die Beziehungen zwischen den wohlfahrtsstaatlichen Sicherungen und der Arbeitswelt zu lösen, die als zentrales Erbe der Industriegesellschaft für den Wohlfahrtsstaat betrachtet werden können. Die sozialen Dienste spielen in dieser Hinsicht eine Pionierrolle, auch deshalb, weil sie niemals eng mit den Erwerbsstrukturen verbunden waren. Insofern können die Sicherungsformen, die sich heute in diesem Bereich ausprägen, durchaus modellgebend für andere Bereiche des Wohlfahrtsstaates sein. (...) Nicht Klassenkonflikte und Statussicherung, sondern die Kooperation zwischen Akteuren und das Ziel der Gleichheit haben die sozialen Dienstleistungen langfristig geprägt. Auf dieser Grundlage könnte es dem Wohlfahrtsstaat gelingen, eine neue institutionelle Basis für das gegenwärtige Jahrhundert zu finden.“ (Bahle 2007, S. 31) Soziale Arbeit als Dienstleistung, genauer: als personenbezogene soziale Dienstleistungsarbeit (Olk/Otto 2003) wird in dieser modernisierungstheoretischen Perspektive sozialpolitisch zentral und optimistisch positioniert. Allerdings zeigt ein genauerer Blick in Bahles Studie, dass die von ihm verwendete Typologie sozialer Dienste – stationär, teilstationär, Tageseinrichtung, ambulant mit den Funktionen Heilen, Pflegen, Wohnen, Betreuen, Erziehen, Beraten, Haushalt, Mobilität, Verpflegung – vor allem hochstandardisierte Dienste erfasst und ausdrücklich „nicht (...) die klassische ‚multifunktionale‘ und ‚offene‘ Sozialarbeit, die von ihrem Grundverständnis her weder auf bestimmte Funktionen spezialisiert ist noch regelmäßig an einem festen Ort stattfindet“ (Bahle 2007, S. 37). Dieser Beschränkung des Begriffs der Sozialen Arbeit muss man jedoch aus zwei Gründen nicht folgen: ihr unterliegt eine Engführung, die mit der Sozialen Arbeit als Disziplin und Profession heute nicht mehr verbunden werden kann (Otto/Thiersch 2001); sie entspricht aber auch nicht einer vor allem im englischsprachigen Raum vertretenen Konzeption der systematischen Verknüpfung von Sozialer

Arbeit (social work) und „Sozialer Wohlfahrtspolitik“ (Gilbert/Terrell 2005), einer Politik sozialer Dienste, die von Funktionen ausgeht und nicht von einem materialen Professionsmodell. Deshalb erscheint möglich, Bahles politisch-analytisches Resümee als Ausgangspunkt für die folgenden Überlegungen heranzuziehen. Dass „Kooperation zwischen Akteuren und das Ziel der Gleichheit“ den Bereich sozialer Dienste prägen und diese damit eine Zukunftssignatur für die Sozialpolitik setzen, erscheint nämlich vielen Beobachtern hoch bedroht.

Dies gilt vor allem dann, wenn seit Mitte der 1990er Jahre in der Sozialpolitik ein Wandel hin zu einer Politik der „Aktivierung“ beobachtet wird, der zunehmend zu einer Sozialpädagogisierung der Sozialpolitik zu führen scheint, allerdings weniger im Sinne eines emanzipativen, an Teilhaberechten orientierten Politikkonzepts, vielmehr als Maßgabe einer sozial-psychischen Steuerungsstrategie, die individuelle Einstellungen und habituelle Orientierungen einer umfassenden Marktorientierung unterwerfen möchte. Zugleich wird ein neuer sozialpolitischer Gouvernementalismus, eine Reorientierung der Staatstätigkeit hin zu einem „manageriellen Staat“ (Rüb 2003) wahrgenommen, der die Soziale Arbeit selbst auf die Durchsetzung von Marktstrategien hin diszipliniert (Kessl 2005). Diese umfassende „Transformation of the Welfare State“ (Gilbert 2002) lässt fragen, ob es nicht doch Sozialpolitikkonzepte geben könnte und ob möglicherweise bereits Anzeichen hierfür zu erkennen sind, die der Sozialen Arbeit nicht nur quantitativen Zuwachs, sondern auch teilhabeorientierte Qualitäten versprechen.

Ich möchte dieser Problemstellung in drei Schritten nachgehen. Im ersten Schritt werde ich die ambivalente Beziehung von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit untersuchen und eine Triangulation der Sozialen Arbeit aus sozialpolitischer und soziologischer Sicht vorschlagen. Im zweiten Schritt werde ich dies für die sozialpolitische Perspektive durchführen und im dritten einige Anforderungen an die Professionalität Sozialer Arbeit in einer Bürgergesellschaft skizzieren. Der Optimismus der folgenden Überlegungen speist sich aus einer analytischen Differenzierung. Ich schlage vor, die in der bisherigen Diskussion zum Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit vorherrschende Dichotomisierung von Markt und Staat bzw. dem Trias von Markt-Staat-Gemeinschaft (wobei statt dem soziologischen Steuerungsmodus Gemeinschaft auch von Kooperation, Solidarität oder „Dritter Sektor“ die Rede ist), die sich auch in der Wohlfahrtsregimetypologie Gøsta Esping-Andersens (liberal/sozialdemokratisch/konservativ) niederschlägt (Esping-Andersen 1990), zu erweitern: um einen vierten Regimetyp des „Garantismus“, der sich um Menschen- und Teilhaberechte und den Steuerungsmodus Ethik konstituiert (Opielka 2004, S. 90; 2006). Die Frage lautet, ob ein solcher Regimetyp nicht nur eine sozialpolitische Perspektive weist, sondern hier vor allem, ob er einer Sozialen Arbeit der Zukunft nützt. Die derzeit verwendeten Zukunftsbegriffe einer „aktivierenden“ oder „investiven“ Sozialpolitik werden

im Licht der „garantistischen“ Wohlfahrtsregimekonzeption jedenfalls vorsichtig zu verwenden sein (vgl. Opielka 2004, S. 295).

1. Sozialpolitik und Soziale Arbeit: eine ambivalente Beziehung

Die sozialpolitische Konstituierung der Sozialpädagogik hat Lothar Böhnisch bereits 1982 ziemlich genau formuliert: „Die Sozialpolitik bildet den historisch-politischen Horizont, vor dem sich die institutionelle Sozialpädagogik entfaltet und der sie gleichzeitig begrenzt.“ (Böhnisch 1982, S. 1) Zugleich diagnostizierte er: „Dass die Sozialpolitik der Zukunft über die ‚alte soziale Frage‘ hinaus zu einem verallgemeinerten Lebenslagenbezug und zu einer *materiellen Politik sozialer Rechte* werden muss und dann nicht mehr im Korsett sozialstaatlicher Balance agieren kann, ist eine *historische Notwendigkeit*.“ (ebd., S. 153; Herv. M.O.) Jener bald ein Vierteljahrhundert alte Optimismus erscheint heute gebrochen. Hinsichtlich des Konstitutionsbezugs ist es möglich, dass Hamburgers „Einführung in die Sozialpädagogik“ (2003) mit wenig Bezug auf die Sozialpolitik auskommt: Soziale Arbeit gilt bei ihm als „Knotenpunkt in einem sozialstaatlichen Netzwerk“ (ebd., S. 43), nicht aber als Resultat sozialstaatlicher Entwicklungen. Galuskes „Flexible Sozialpädagogik“ (2002) ruht hingegen auf einer systematischen Analyse der Sozialpolitik auf. Deutlich wird hier allerdings eine gegenüber dem frühen Böhnisch markant pessimistischere Zukunftsperspektive der Sozialpolitik, die um Codes wie Neoliberalismus und Bürgerarbeit kreist und der Sozialpädagogik wenig Positives verheißt. Der Sammelband unter dem Titel „Sozialpädagogik im Übergang“ (Schweppe/Sting 2006) scheint in der aktuellen Diskussion um die Zukunft der Sozialen Arbeit und die Rolle von Sozialpolitik einen „Mittelweg“ einzuschlagen: Er beginnt mit einer Krisendiagnostik, die Sozialpolitik dann aber weitgehend polemisch (Ziegler 2006) oder assoziativ (Cremer-Schäfer 2006) abhandelt. Ziegler diagnostiziert eine „fortgeschritten liberale(n) Refiguration des Sozialen“ (Ziegler 2006, S. 144) und untersetzt diese mit guten Argumenten, neigt in ihrer Kritik jedoch zur Attitüde: „Nicht mehr Wissenschaft scheint heute das Handeln zu legitimieren, der neue ‚Gott‘ dem gehuldigt wird, heißt ‚Qualität‘“ (ebd., S. 142).

Diese Fundstücke aus älteren und neueren Texten des sozialpädagogischen Diskurses lassen aufhorchen: eine sozialpolitische Konstituierung der Sozialpädagogik scheint wenig vorstellbar. Betrachten wir zur Überprüfung dieser Beobachtung den Diskurs um das Verhältnis von Sozialarbeit und Sozialpädagogik sowie denjenigen um deren politisches Mandat.

Der institutionelle Grund für das begriffliche Durcheinander wird leider selten explizit reflektiert, die Trennung der professionellen Ausbildung in Fachhochschulen und Universitäten. Vereinfacht: erstere produzieren die Masse und die Soziale Arbeit, zweiteere Forschung, Publikationen und die Sozialpädagogik. Während die Soziale Arbeit zumindest theoretisch – und praktisch in vielen Ländern (Skandinavien, Großbritannien, teils in den USA) – ihren systematischen Bezug zur Sozialpolitik nicht verhehlt, so wird sie in Finnland an Departments for Social Policy unterrichtet, scheint die Sozialpädagogik als erziehungswissenschaftliche Subdisziplin staatsfern: wie ihre große Schwester, die Schulpädagogik, verleugnet sie in Deutschland ihre Staats- und damit Politikkonstituierung. Eine denkbare Lösung bietet das von Fabian Kessl als drittes Szenario einer Nach-Bologna-Entwicklung skizzierte Modell: „Fachhochschulen und Universitäten koordinieren ihre Bachelor- und Masterstudiengänge bundes- und landesweit. Die jeweils konkreten Kooperationsformen zwischen den beteiligten Hochschulen werden regional ausgehandelt und umgesetzt. (...) Der gemeinsam formulierte Slogan lautet: Für das kämpfen, was Wohlfahrtsstaatlichkeit sein könnte.“ (Kessl 2006, S. 82) In der „Münsteraner Erklärung“ des 6. Bundeskongress Soziale Arbeit 2005 wird gefordert, die „Qualifizierung des beruflichen Nachwuchses und die gemeinsame Weiterentwicklung Sozialer Arbeit durch ‚Schools‘ oder ‚Departments‘ auf universitärem Niveau zu gewährleisten“ (Münsteraner Erklärung 2005, S. 2). Letztlich würde das Szenario bedeuten, die Fachhochschulen – zumindest deren Bereiche der Sozialen Arbeit – in diese Schools aufzulösen, wie dies jüngst an der Universität Lüneburg erfolgte und m.E. der einzig zukunftsträchtige Weg für die Disziplin Soziale Arbeit scheint.

Der Diskurs um ein politisches Mandat der Sozialen Arbeit (Merten 2001) oszilliert innerhalb des Mainstreams zwischen ganz selbstverständlichen Beobachtungen, dass die Soziale Arbeit selbst und natürlich ihre Klienten von sozialpolitischen Prozessen umfassend betroffen sind und eine advokatorische „Selbstmandatierung“ (Kusche/Krüger 2001) nahe liegt, und der Annahme, dass nur „Fachlichkeit“ (Müller 2001) oder „Professionalität“ (Merten 2001a) eine politische Aufmerksamkeit begründen könnte. Hier wäre beispielsweise ein Blick in die USA und die Rolle der „National Association of Social Workers (NASW)“ (www.socialworkers.org) hilfreich, die mit ihren gut 140.000 Mitgliedern umfassende politische Lobby-Arbeit betreibt, aus einer ganz pragmatischen Perspektive heraus, für die moralisch-ethische Ziele Bestandteil des Berufsprofils sind. Eine vergleichbare Fachverbandsstruktur existiert in Deutschland nicht und zwar nicht zuletzt aufgrund der Dichotomie Universität-Fachhochschule, die sich in den Verbänden subtil reproduziert und damit die Profession Soziale Arbeit schwächt.

Insoweit fällt eine eigentümliche Selbstbeschränkung der Sozialen Arbeit und ist offenkundig im Zusammenhang mit ihrer Schwäche zu sehen, sich als Disziplin zu behaupten. Man mag einwenden, dass dies erkannt wurde und

beispielsweise in stark besuchten „Bundeskongressen Soziale Arbeit“ die Sozialpolitik thematisiert wird. Doch der disziplinäre Niederschlag steht noch aus, wie die zitierten Texte zeigen. Nicht zuletzt aufgrund meiner persönlichen Berufsbiographie als Erziehungswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik, als Soziologe und Hochschullehrer für Sozialpolitik möchte ich der Sozialen Arbeit eine Art Triangulation vorschlagen: eine Reflexion aus sozialpolitischer und soziologischer Perspektive. Ganz neu ist das nicht, wie ein Blick in die einschlägige Literatur zeigt. In den nächsten Schritten soll beides offensiver versucht werden. Der Fokus sind soziale Garantien und die Funktion der Sozialen Arbeit in deren Herstellung und Sicherung.

2. Soziale Garantien und Sozialpädagogik: Sozialpolitische Reflexion

Sozialpolitik wurde und wird mit präventiven Wirkungen begründet. Sie soll Kriminalität verhindern, Demokratie und Frieden bewahren und Fundamentalismen überflüssig machen. Dahinter stehen zwei starke Annahmen, eine empirische und eine theoretische. Die empirische Annahme besteht darin, dass sozialpolitische Interventionen soziale Wirkungen haben. Die theoretische Annahme besteht in einem Standardkonzept gleichheitsorientierter Normalität, dessen Abweichungen Intervention begründen, wobei sich dabei noch eine sozialtechnokratische und eine sozialutopische Variante unterscheiden lassen. Befürworter und Kritiker beider Annahmen finden sich in der sozialpolitischen, sozialpädagogischen und soziologischen Literatur.

Eine Neuorientierung der Diskussionslage dürfte sich nach 1989, dem Zusammenbruch der klassischen Kapitalismus-Kommunismus-Dualität, insoweit ergeben haben, als die Standardkonzepte von Normalität neu justiert wurden. Die sozialutopische Wirkungsvariante scheint erschöpft, der Fortfall des kompetitiv sozialistischen Musters führte zu einer Reformulierung sozial-reformerischer Programmatiken („Workfare statt Welfare“, Mindest- statt Lebensstandardsicherungen, Marktsteuerung, investive Sozialpolitik usw.). Sie lassen sich als eine Konzentration sozialpolitischer Interventionen zugunsten von mehr oder eben weniger voraussetzungsvollen sozialen Garantien beschreiben. Allerdings müssen sich auch diese der genannten empirischen und theoretischen Kritik stellen.

Diese Kritik kann exemplarisch unter dem Fokus der Präventivwirkung sozialer Garantien geleistet werden. Prävention wird dabei methodisch von Intervention abgegrenzt, unterliegt allerdings einem „generellen Gefährdungsverdacht“ (Böllert 2001, S. 1397), weil Handlungs- und Verursachungsketten sozialer Probleme meist nicht eindeutig, Präventionsbemühun-

gen damit häufig unspezifisch angelegt sind. Am Beispiel von zwei Politikfeldern – Bildung und Armut – werden nun empirische und theoretische Annahmen kontrastiert: Was genau wird unter sozialen Garantien bzw. sozialen Grundrechten in diesen Politikfeldern diskursiv verhandelt? Welche Präventionswirkungen werden damit jeweils verknüpft? Welche empirischen und welche theoretischen Evidenzen werden in den Diskursen vorgetragen? Welche Rolle spielen sozialpolitische Diskurse in diesem Zusammenhang?

a) *Bildung und soziale Garantien*

„Nach PISA“ erhielt die Bildungspolitik in Deutschland skandalisierte Aufmerksamkeit. Auch die Sozialpädagogik spielte dabei eine Rolle. Der Kommission, die den 2005 veröffentlichten Zwölften Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung zum Thema „Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule“ erstellte, saß mit Thomas Rauschenbach ein Sozialpädagoge vor (Deutscher Bundestag 2005). Die Sachlage ist insoweit kompliziert, als die Bildungspolitik in Deutschland bisher nicht als sozialpolitisches Feld konzipiert wurde, was sich neuerdings zu ändern scheint (Opielka 2005). Aus Sicht der Sozialpädagogik sind drei Bereiche interessant: der frühkindlich-vorschulische Bereich, die Schulsozialarbeit und die Berufsförderung.

Greifen wir den erstgenannten Bereich heraus, der zudem im 12. Kinder- und Jugendbericht stark gemacht wurde, auch mit sozialpädagogischen Begründungen. Zum 1. Januar 2007 wurde das bisherige Erziehungsgeld durch das „Elterngeld“ ersetzt. Danach erhalten Eltern, die zum Zwecke der Kinderbetreuung ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen, im ersten Lebensjahr ihres Kindes Elterngeld in Höhe von 67% des entfallenen Nettoerwerbseinkommens. Von dieser Reform wird unter anderem erwartet, dass Mütter zu einem früheren Wiedereinstieg in den Beruf ermutigt werden. Bisherige Reformen, die primär darin bestanden, die Elternzeit auszudehnen, haben eher dazu geführt, dass die Berufsrückkehr von Müttern abgenommen hat. Schätzungen des DIW Berlin lassen erwarten, dass das Elterngeld zu kürzeren Erwerbsunterbrechungen von Müttern mit kleinen Kindern führen wird. Die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kindern im zweiten Lebensjahr wird nach diesen Schätzungen auf knapp 40% ansteigen (Spieß/Wrohlich 2006). Die soziale Garantie des bisherigen Erziehungsgeldes auf niedrigerem Niveau, jedoch mit längerer Laufzeit (2 Jahre, in einigen Bundesländern 3 Jahre), wird durch eine kurzzeitigere Garantie auf höherem Niveau ersetzt. Bezogen auf unsere Fragestellung heißt das:

- Der sozialpolitische Diskurs fokussiert auf Mütter und die Hebung ihrer Erwerbsbeteiligung.
- Als Wirkungen gelten eine Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit und

damit eine Reduzierung des Armutsrisikos vor allem von Alleinerziehenden. Die empirischen und theoretischen Evidenzen für diese Wirkungen sind recht stark. Allerdings fehlte im deutschen Diskurs seit 2002 – dem Jahr, in dem die CDU/CSU-Opposition noch mit dem alternativen Konzept eines langzeitigen „Familiengeldes“ in den Bundestagswahlkampf zog, die Anfang 2007 mit der Idee eines „Betreuungsgeldes“ erneut aufgegriffen wurde – eine alternative Position, für die ebenfalls starke Argumente vorgebracht werden könnten (Opielka 2004, S. 99ff.).

- Die sozialpolitischen Diskurse waren entscheidend für diese eher sozialdemokratische Reform, die von einer konservativen Familienministerin, Ursula von der Leyen, durchgesetzt wurde. Jene wurden vor allem von arbeitsmarktlichen Funktions- und frauenpolitischen Deutungsinteressen geprägt. Bildungs- und Erziehungsdiskurse spielten in der Frage einer optimalen Organisation der vorschulischen Periode kaum eine Rolle. Zwar wird im 12. Kinder- und Jugendbericht darauf hingewiesen, dass monetäre Leistungen der Familienpolitik das Armutsrisiko von Familien deutlich reduzieren, vor allem aber darauf, dass der Erziehungsurlaub die Berufslaufbahn von Frauen gefährdet (Deutscher Bundestag 2005, S. 168ff.). Lösungen dieser Eltern- und vor allem Mütterfälle auf dem Arbeitsmarkt werden jedoch nur in einer Verkürzung der Ausstiegszeit gesucht. Das Normalitätsmodell des männlichen Erwerbstätigen wird nicht infrage gestellt, der „Myth of a Dual-earner Society“ (Larsen u.a. 2004) wird kontrafaktisch gepflegt (Lewis 2003).

Die skizzierten, hegemonialen sozialpolitischen Deutungsmuster sind bislang auch in der Sozialen Arbeit virulent und von dort in die Sozialpolitik gespeist. Die Sozialpädagogik argumentiert bisher fast ausschließlich mit Blick auf die außerfamiliären Leistungsangebote, sie plädiert zwar zu Recht gegen eine kognitionspädagogische und humankapitaltheoretische Verkürzung der frühkindlichen Bildung (Andresen u.a. 2005, Thiersch 2006), doch verkürzt sie damit die Bildungsrechte des Kindes auf einen außerfamiliären Betreuungsplatz, dessen quantitative Maximierung – zumindest in Westdeutschland, da Ostdeutschland hierbei führt – zum Politikziel erklärt wurde. Es sind gerade nicht Vertreter der Sozialen Arbeit, die diese Verkürzung theoretisch und empirisch überwinden, sondern eher Frühpädagogen und Psychologen mit sozialpädagogischem Interesse. Grundlage dafür sind zum einen die Erkenntnisse der psychoanalytischen und entwicklungspsychologischen Bindungsforschung (Grossmann/Grossmann 2004), zum anderen die Resilienzforschung, die den Fokus auf die Bewältigung von Risikobedingungen legt: „Die neuere entwicklungspsychologische Forschung belegt, dass die fehlende Kompetenz des Kindes, Übergänge angemessen zu bewältigen, auf innerfamiliäre Prozesse zurückzuführen ist, welche bereits vor dem Eintritt des Kindes in den Kindergarten vorfindbar sind. Wenn dies aber so ist, dann sollte dem Übergang von der Familie in den Kindergarten erhöhte Aufmerk-

samkeit geschenkt werden, und man sollte beginnen, diese Kinder, deren Anzahl mit etwa 18 bis 20% angegeben wird, früh zu identifizieren und die Zeit des Kindergartenbesuchs für deren systematische Förderung nutzen.“ (Fthenakis u.a. 2005, S. 8) Wenn aber der Übergang Familie-Kindertagesstätte – und im Übrigen auch weitere Übergänge (Schule, Ausbildung) – nur im Kontext mit der Familiensituation sinnvoll bearbeitbar erscheinen, dann stellt sich die Frage, warum die Sozialpädagogik der Familie bisher kaum Aufmerksamkeit schenkte.

Im erwähnten 12. Kinder- und Jugendbericht wird beispielsweise das Konzept der „Familienzentren“ nur in einem Spiegelstrich erwähnt, einen Absatz später wird eine arbeitsmarktlich-professionelle Information dazu nachgeliefert. Demnach arbeiten beispielsweise in der Familienbildung in NRW nur etwa 500 Fachkräfte, während in diesem Bundesland 66.000 Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen und 8.800 Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe tätig sind, „was zeigt (...), dass die Familienbildung in Deutschland bislang keine große Rolle spielt“ (Deutscher Bundestag 2005, S. 170). Seit 2006 investiert NRW in das Modell der „Familienzentren“, evaluiert durch den Frühpädagogen Wolfgang Tietze, das Ende 2007 mehr als 1.000 Standorte umfasst (Stöbe-Blossey u.a. 2007). Damit ist eine Akademisierung der Frühpädagogik oberhalb des Bachelorniveaus verbunden, da Elternbildung, Sprachförderung, Netzwerkarbeit wie psychosoziale Prävention und Beratung im Konzept der Familienzentren integriert sind. Eine derartige Komplexitätsstrategie wäre nun auf der disziplinären Seite der Sozialen Arbeit anzuraten, im Interesse der Realisierung von Teilhaberechten ihrer Klienten. Leider übersieht ein auf Markt-Staat-Dichotomien fokussierter Diskurs die gemeinschaftliche Dimension „Familie“ bzw. sortiert sie dem konservativen politischen Pol zu, der von diesem linken und liberalen Bias profitiert. Das Feld frühkindlicher Bildung erscheint hier paradigmatisch für die bisherige Kombination aus quantitativer Emphase und qualitativer Verengung sozialpolitischer Diskurse in der Sozialen Arbeit.

b) Armut und soziale Garantien

Bereits das obige Zitat von Böhnisch zu einer „materiellen Politik sozialer Rechte“ (Böhnisch 1982, S. 1) bezog sich auf soziale Garantien gegen Armut. Seitdem haben sich die Diskurse ausdifferenziert. Im sozialdemokratischen Mainstream der modernen Sozialpädagogik wird zwar die Exklusionsneigung des lohnarbeitszentrierten Sozialstaatsmodells reflektiert. Ein hier häufig zitierter Autor ist Gerhard Bäcker (z.B. Bäcker 2001). Allerdings verbleiben die Konzepte sozialer Garantien gewöhnlich innerhalb dieses Modells, dessen mangelhafte armutspräventive Wirkung mit dem Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2005) evident wurde.

Starke Annahmen über präventive Wirkungen wurden mit den sozialdemokratischen Konzepten des „aktivierenden Sozialstaats“ verbunden. Aktivierungskonzepte existieren jedoch in allen politischen Lagern, gleichwohl mit sehr unterschiedlichen Annahmen und Effekten (vgl. dazu ausführlicher Opielka 2004, S. 90ff.). Die von Esping-Andersen mit dem Begriff der „De-kommodifizierung“ beschriebene Zentralfunktion des modernen Wohlfahrtsstaates – die Reduzierung der Arbeitsmarktabhängigkeit der Ware (commodity) Arbeitskraft durch arbeitsmarktinterne Existenzsicherungsoptionen – (Esping-Andersen 1990), wurde durch die Aktivierungs-Agenda in eine Re-Kommodifizierung verdreht.

Entscheidend erscheint dabei die Alternativlosigkeit, mit der diese Agenda im politischen wie im sozialpolitikwissenschaftlichen Kontext behauptet wird. Bezogen auf unsere Fragestellung heißt das:

- Der Mainstream des neueren Armutsdiskurses rekonstruiert Armut im Wesentlichen als Mangel existenzsichernder Arbeitsplätze. Durch „Aktivierung“ und „workfare“ soll eine umfassende Teilnahme bzw. Teilhabe am Arbeitsmarkt und darüber die Beseitigung von Armut erreicht werden. Der hierzu alternative, „garantistische“ Diskurs um Grundeinkommen bezweifelt mit dem Verweis auf die „Working Poor“ die behauptete Integrationskraft des Arbeitsmarktes für die Gesamtbevölkerung und empfiehlt auch deshalb eine Lockerung des Arbeitsbegriffs.
- Die Präventionswirkungen des „Aktivierungs“-Diskurses zielen auf die Wiederherstellung von Vollbeschäftigung, diejenigen des konkurrierenden Grundeinkommensdiskurses auf die Universalisierung sozialer Bürgerrechte.
- Empirische Evidenzen sind für beide Positionen widersprüchlich: Theoretische Evidenzen sprechen eher für die „garantistische“ Position, da diese mit einer individualistischen und expressiven Sozialmoral moderner Bürger eher übereinstimmt.
- Dies bedeutet, dass sozialpolitische Diskurse auch hier die politische Wirklichkeit konstituieren.

Insoweit sich die Soziale Arbeit dem Rekommodifizierungs-Programm widersetzt, geschieht dies unter dem Verweis auf die Verletzung von Grundrechten. Irritierenderweise übersehen die meisten ihrer kritischen Vertreter (z.B. Cremer-Schäfer 2006, Dahme u.a. 2003), dass die von ihnen postulierte oder zumindest als verschwindend bedauerte „alte“, nämlich sozialdemokratische Wohlfahrtsstaatlichkeit selbst fundamental an die Lohnarbeitszentrierung gebunden war. Die nun verstärkte Kopplung von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik stellt insoweit nur eine Neuakzentuierung des Arbeits- und Leistungsethos der produktivistischen Arbeiterbewegung um eine liberale Annahme des „Sieges des Kapitalismus“ nach 1989-90 dar. Eine wohlfahrtsregimetheoretische Verortung dieser Diskurse kann diese Unklarheiten mindern. Sie macht zum einen deutlich, dass allen Regimekonzepten eine sozio-

logische „Wahrheit“ zugrunde liegt: Alle vier Aktivierungssysteme (Markt, Staat, Gemeinschaft, Sinn/Legitimation) wie auch alle vier Gerechtigkeitskonzepte (Leistung, Verteilung, Bedarf, Teilhabe) haben ihre Berechtigung. Zum anderen zeigt sie politisch, dass die Garantie von Grundrechten bisher im Sozialstaat zu wenig entwickelt wurde. Amartya Sen in der (linksliberalen) Sozialpolitikdebatte zunehmend reüssierender Fähigkeits-Ansatz („capability approach“) erscheint vor diesem Hintergrund nicht einfach nur als eine Auflistung kluger Teilhabeansprüche ohne systematische Rangordnung (so Hirschler/Homfeldt 2006, S. 50), sondern als durchaus „garantistisches“ Programm (Opielka 2004, S. 232), das gegen die Dominanz der etablierten Trias der Wohlfahrtsregime stark gemacht werden sollte.

3. Professionalität Sozialer Arbeit in der Bürgergesellschaft

Die politisch-soziologische Regulationsperspektive in Bezug auf die Wirksamkeit wohlfahrtsstaatlicher Intervention wurde differenziert nach insgesamt vier Deutungsmustern untersucht, die sich auch an einer Erweiterung der Wohlfahrtsregime-Typologie von Esping-Andersen orientieren. Die Vereinseitigungen der vier Deutungsmuster mit ihrem Fokus auf Markt, Staat, Gemeinschaft oder Sinn (Ethik) legen multidimensionale Konzepte zur Analyse des Zusammenhangs von Sozialer Arbeit und Wohlfahrtsstaat zwingend nahe, wie sie hier skizziert wurden. Dabei ist die Wirklichkeit hilfreich. Denn in einem widersprüchlichen, keineswegs immer linearen, modernisierungstheoretischen Annahmen folgenden Prozess haben sich soziale Grundrechte auf die Agenda geschoben, meist bewusst intendiert durch soziale Akteure, nicht selten freilich als Nebenfolge rein funktional gedachter Entscheidungen. Es ist dieser komplexe Prozess, den „Neo-Institutionalisten“ in der Soziologie und den Politikwissenschaften fokussieren und dabei erstaunt feststellen, wie eine „Weltkultur“ (Meyer 2005) entstand, die den Kern des „Europäische Sozialmodells“ kulturell einschließt – trotz scheinbarer Gegenbewegungen. Jener Kern ist die Gleichheit des Menschen, sind Freiheit und Solidarität, gleichsam die Werte der Französischen Revolution, von Christentum und Aufklärung, die sich in den Menschenrechten universalisierten und in anderen Kultur- und Religionskreisen auch deshalb auf Resonanz stoßen, weil sie die Wirklichkeit auf den Begriff bringen. Die zwei diskutierten Fragestellungen (Bildung, Armut) rekonstruierten sozialpolitische Wertkonflikte, die nicht nur zwischen individuellen und kollektiven Akteuren, sondern auch je in ihnen selbst beobachtet werden können (Meyer 2004, S. 73; Opielka 2007).

Die Soziale Arbeit befindet sich heute vor allem in Deutschland in einer unerfreulichen Opferrolle gegenüber Sozialreformen wie beispielsweise

„Hartz IV“, die den sozialen Status ihrer Klienten abwerten. Der Grund dafür liegt in ihrer Depolitisierung und ihrer Deprofessionalisierung. Depolitisierung deshalb, weil weder die praktischen noch die akademischen VertreterInnen der Disziplin bewusst die Abwertung ihrer Klienten wollen, zugleich aber zu wenig politische Reflexivität gelehrt und kommuniziert wird. Deprofessionalisierung deshalb, weil die deutsche Soziale Arbeit – ganz anders als bspw. Social Work in den USA – ihre fehlende, auf die eher forschungsschwachen Fachhochschulen begrenzte Akademisierung oft auch noch mit dem naiven Verweis auf Praxisnähe begrüßt. In einer Wissensgesellschaft ist damit die systemische Bedeutungsarmut programmiert. Allerdings könnte der Verweis auf die USA auch eine gegenteilige Kritik aufrufen: Der dort gut etablierten Disziplin des Social Work war es nicht gelungen, die Wende „von Welfare zu Workfare“ zu bremsen, was die sozialpolitische Irrelevanz der Sozialen Arbeit bestätige – und umgekehrt, eine individualisierende Perspektive nahe lege. Hier zeigt sich jedoch nur der Unterschied zwischen notwendigen und hinreichenden Bedingungen. Eine Politisierung der Sozialen Arbeit ist notwendig. Doch für eine politische Beeinflussung sind schlicht die Mehrheitspositionen auch in der Disziplin entscheidend und diese waren gegenüber der Aktivierungs- und generell der Marktagenda auch in den USA höchst ambivalent. Ein besonders prominentes Beispiel sind die Arbeiten von Neil Gilbert, der die kritischen Folgen dieser Agenda beredt analysiert und beklagt (Gilbert 2000, 2002), andererseits aber auf der Ebene der Gerechtigkeitskonzeptionen primär einer individualistischen Leistungsagenda verpflichtet bleibt (Gilbert 1995).

Der Trend zur Personenzentrierung, wie er in der Sozialpsychiatrie und teils der Jugendhilfe zu beobachten ist, bietet daher Chancen für eine kontextuierte und zugleich individualisierte Soziale Arbeit. Damit könnten in den letzten Jahren verschüttete fachliche Zugänge neu eröffnet werden, wie beispielsweise der Kulturvergleich oder die psychoanalytische Sozialarbeit. Diese Chancen sind heute mehr als früher bedroht durch den Trend zur Ökonomisierung, der in der Sozialen Arbeit unter Chiffren wie „Sozialwirtschaft“ den primär gemeinschaftlichen und helfenden Professionskern verunklart. Diesem Kern gegenüber erfüllen Kompetenzen des Sozialmanagements oder –marketings stets nur eine dienende Funktion – ähnlich wie kein Krankenhausbetriebswirt behaupten kann, das Wesen der Medizin zu pflegen. Der Ökonomismus neigt gleichwohl zu Überheblichkeit und Kolonialisierung. Dagegen helfen nur Professionalität und Berufsethik.

Eine Reihe neuer, auch in der Sozialgesetzgebung (u.a. § 93 BSHG) verankerter Instrumente wie der „Integrierte Behandlungs- und Rehabilitationsplan (IBRP)“, „Individuelle Hilfepläne (IHP)“, „Persönliche Budgets (PB)“ und die „Hilfepfankonferenz (HPK)“ sind Bestandteil einer Neuorientierung sozialer und gesundheitlicher Dienstleistungen, die von vielen Beobachtern als Ausdruck einer zunehmenden Marktorientierung verstanden werden, teils

eingebaut in „Neue Steuerungsmodelle“ vor allem der kommunalen Sozialpolitik wie „New Public Management (NPM)“ und einer zielgesteuerten Unternehmensführung (Management by Objectives, MBO; Qualitätsmanagement) in sozialen Einrichtungen (Seim 2000, Otto/Schnurr 2000). Kritiker rechnen auch das Konzept der „Evidenzbasierten Sozialen Arbeit“ umstandslos in die Kategorie der neoliberalen Refigurationen des Sozialen (Ziegler 2006). Doch lassen sich die Diskurse um eine Wirkungsorientierung der Sozialen Arbeit keineswegs ausschließlich neo-bürokratisch und neoliberal verorten, sie beinhalten auch die Chancen zu einer Neuformulierung von Professionalität Sozialer Arbeit (Otto 2007). Von besonderer Bedeutung erscheint dabei das Instrument der Evaluation, insbesondere in seiner Ausprägung als qualitative Evaluationsforschung (Opielka u.a. 2007).

Wie sind diese Entwicklungen zu bewerten? Wichtig ist dabei, dass man zwischen den analytischen Ebenen von Institutionen klar genug unterscheidet. In Abbildung 1 wird ein einfaches Modell professioneller Handlungsebenen zwischen Individuum, Institutionen und Gesellschaft skizziert. Die neueren Steuerungsmodelle lassen sich dabei verschiedenen Ebenen zuordnen. Während das methodische Werkzeug der Evaluation sowohl auf der Makroebene (Implementationsforschung politischer Maßnahmen) wie der Mikroebene (im Kontext von Qualitätsmanagement) eine Rolle spielt, scheint der „Personenzentrierte Ansatz“ ein Fluchtpunkt auf der Mikroebene (Klientenbeziehung) nicht nur in der Sozialpsychiatrie zu sein.

Abbildung 1: Systemebenen der Sozialpolitik in der Sozialen Arbeit

Gesellschaft Gemeinde	Makro	„Aktivierung“, „Workfare“ New Public Management Evaluation
Institution (Professionelle)	Meso	Persönliche Budgets Hilfepfankonferenz Evaluation
Person (Nutzer, Klient)	Mikro	IBRP/IHP

Quelle: Eigene Darstellung

Hier gibt es nun zumindest zwei ganz unterschiedliche Bewertungen, die auf die Handlungsebenen zurückgeführt werden können. Während die Befürworter des neuen Ansatzes (z.B. Schulte-Kemna u.a. 2004) in der Fokussierung auf den Hilfeadressaten einen enormen Perspektivengewinn erkennen, möchte beispielsweise Klaus Dörner sowohl der „Personenzentrierung“ wie der

„Profi-Zentrierung“ eine „Sozialraum- oder Bürgerzentrierung entgegensetzen“ (Dörner 2005, S. 34). Während Dörner eher auf die Makro- und ein wenig die Mesoebene fokussiert, scheinen Schulte-Kemna u.a. eher die Mikro- und ein wenig die Mesoebene in den Blick zu nehmen. Es ist hier nicht Gegenstand, was eigentlich genau an sozialtherapeutischer und sozialpädagogischer Professionalität Not tut. Man muss vermuten, dass diese - m.E. zentrale - professionelle Frage eher im Dickicht der Diskussion verschwindet. Denn was bislang an praktischen Erfahrungen von Hilfeplankonferenzen verlautet, so mögen sie als „Herzstück personenzentrierter Umgestaltung“ (Konrad/Gnannt-Kroner 2004) nur bezeichnet werden können, wenn man therapeutisch-pädagogische Prozesse auf Dienstleistungscoordination reduziert.

Meine Frage geht aber über das unmittelbar klientenorientierte Handeln hinaus. Die gegenwärtig spürbare Beunruhigung unter den Mitarbeitern der Sozialen Arbeit hat ihre Ursache darin, dass hinter den neuen Entwicklungen letztlich fiskalische Sparinteressen stehen. Effizienzsteigerung durch bürokratische Prozeduren wird bezweifelt. Der Grund liegt in einem Misstrauen gegenüber der „großen“ Sozialpolitik. Dieses Misstrauen ist nicht unberechtigt. Seit Mitte der 1990er Jahre ein Paradigma der „Aktivierung“, eines „aktivierenden Sozialstaats“ durchgesetzt (Opielka 2004). Dieses zielt darauf hin, die Erwerbs- oder besser: Lohnarbeitszentrierung der Sozialpolitik wieder verschärft durchzusetzen. Die Vertreter dieser Transformation wollen die Prozesse sozialpolitischer „Dekommodifizierung“ rückgängig machen. Armut wird in dieser Sichtweise anthropologisiert, eine gesellschaftliche Verantwortung für Armut wird bestritten. Der Arbeitsmarkt soll dominant die soziale Sicherung regulieren (= Re-Kommodifizierung).

Es ist soziologisch nachvollziehbar, dass alle vier der im Kontext der Wohlfahrtsregime-Analyse genannten Gerechtigkeitskonzepte ihre Berechtigung haben. Problematisch wird es jedoch, wenn man sie vereinseitigt. Hier liegt nun der Grund für das Unbehagen vieler politisch sensibler Mitarbeiter und Betroffener im Sozialbereich. Man spürt, dass die Legitimität sozialpolitischer Investitionen selbst immer wieder neu erkämpft werden muss. Wer sich anwaltlich auf die Seite der sozial Schwächsten stellt, benötigt einen gesellschaftspolitisch sensiblen und kenntnisreichen Blick.

Dieser Blick muss entmystifizieren. Dörners Fokus auf die „Selbstbestimmungsunfähigen“ kann ihn trüben. Wenn er von der Ratlosigkeit eines sozialpsychiatrischen Teams und dessen Frage berichtet: „Was sollen wir denn seit dem neuen personenzentrierten Konzept tun, wenn wir die psychisch Kranken nur noch nach ihren Wünschen fragen und - im Respekt ihrer Selbstbestimmung - ihre Wünsche erfüllen dürfen?“ und dies zu „meinen bleibenden Bildungserlebnissen“ (Dörner 2005, S. 37) rechnet - dann wundert man sich auch hier über Vereinseitigungen. Welcher Professionelle würde schon „nur“ danach fragen um „nur“ irgendeine „Wünsche erfüllen“?

Zur professionellen Dienstleistungskunst gehört, die Teilhaberechte der Klienten mit anderen Rechten und Pflichten abzuwägen. Sie, die Professionellen, „müssen lernen, eine feine Linie zu ziehen zwischen zu offen formulierten Kontrakten einerseits, in denen Profitmotive einfließen und durch Qualitätsminderung Kostenersparnisse erzwungen werden können, und den zu restriktiv formulierten Kontrakten andererseits, durch die eine Kommodifizierung sozialer Hilfen entsteht, welche die Rolle professioneller Praxis schwächt und die Qualität sozialer Dienste mindert.“ (Gilbert 2000, S. 153)

Die Partizipation aktiver - und nicht von oben „aktivierter“ - Bürgerinnen und Bürgern im und am Sozialstaat erfordert auch bürokratische Prozeduren, von der Selbstorganisation von Betroffenen bis zur organisatorisch vermittelten Nutzerbeteiligung in politischen und Wohlfahrtsinstitutionen. Sie kann sich aber einer Instrumentalisierung beispielsweise zugunsten von Sparpolitiken nur entziehen, wenn auf allen Ebenen ein Bewusstsein jener „feinen Linie“ existiert, von der Gilbert spricht. „Personenzentrierung“ so verstanden ist damit zugleich ein umfassendes sozialpolitisches Projekt. Eine Bürgergesellschaft will beides: individuelle Leistungen und individuelle Selbstverantwortung. Die sozialpolitische Konfiguration, die für die Soziale Arbeit zukunftsträchtig erscheint, kann dabei als „garantistisch“ bezeichnet werden. Der Fokus auf das Individuum wird darin selbst systemisch, funktional gefasst, Individualisierung also gesellschaftlich kontextuiert. „Garantismus“ heißt zunächst, dass wohlfahrtsstaatliche Sicherung im Kern an Grundrechte gebunden ist und nicht an das Erwerbssystem. Dass dies historisch auch die Agenda sozialer Dienste und damit der Sozialen Arbeit bildet, sollte als motivierende Erkenntnis für die Zukunft des Sozialstaats gelten können.

Literatur

- Andresen, Sabine/Bock, Karin/Bollweg, Petra/Otto, Hans-Uwe, 2005, *Netzwerk Bildung. Transferleistungen der Kinder- und Jugendhilfe im Kontext von formellen und informellen Bildungsprozessen. Expertise zum 8. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung NRW*, Düsseldorf: Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes NRW
- Bäcker, Gerhard, 2001, *Soziale Sicherung*, in: Otto/Thiersch 2001, S. 1709-1728
- Bahle, Thomas, 2007, *Wege zum Dienstleistungsstaat. Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Vergleich*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Böhnisch, Lothar, 1982, *Der Sozialstaat und seine Pädagogik. Sozialpolitische Anleitungen zur Sozialarbeit*, Neuwied/Darmstadt: Luchterhand
- Böllert, Karin, 2001, *Prävention und Intervention*, in: Otto/Thiersch 2001, S. 1394-1398
- Cremer-Schäfer, Helga, 2006, *Neoliberale Produktionsweise und der Umbau des Sozialstaats. Welche Bewandnis hat Hartz für die Soziale Arbeit?*, in: Schwep-

- pe/Sting 2006, S. 157-173
- Deutscher Bundestag, 2005, *Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland*, BT-Drs. 15/6014, 10.10.2005
- Dahme, Heinz-Jürgen/Otto, Hans-Uwe/Trube, Achim/Wohlfahrt, Norbert, 2003, *Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat*, Opladen: Leske + Budrich
- Dörner, Klaus, 2005, *Es ist verboten, Personen zu zentrieren!*, in: *Soziale Psychiatrie*, 1, S. 33-37
- Esping-Andersen, Gösta, 1990, *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Princeton: Princeton University Press
- ders. et al., 2002, *Why We Need a New Welfare State*, Oxford et al.: Oxford University Press
- Fthenakis, Wassilios E. u.a., 2005, *Auf den Anfang kommt es an. Perspektiven für eine Neuorientierung frühkindlicher Bildung*, Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung
- Galuske, Michael, 2002, *Flexible Sozialpädagogik. Elemente einer Theorie Sozialer Arbeit in der modernen Arbeitsgesellschaft*, Weinheim/München: Juventa
- Gilbert, Neil, 1995, *Welfare Justice. Restoring Social Equity*, Yale: Yale University Press
- ders., 2000, *Dienstleistungskontrakte: Strategien und Risiken*, in: Otto/Schnurr 2000, S. 143-154
- ders., 2002, *Transformation of the Welfare State. The Silent Surrender of Public Responsibility*, Oxford et al.: Oxford University Press
- ders./Terrell, Paul, 2005, *Dimensions of Social Welfare Policy*, 6. Aufl., Boston u.a.: Pearson
- Grossmann, Karin/Grossmann, Klaus E., 2006, *Bindungen. Das Gefüge psychischer Sicherheit*, 3. Aufl., Stuttgart: Klett-Cotta
- Hamburger, Franz, 2003, *Einführung in die Sozialpädagogik*, Stuttgart: Kohlhammer
- Kessl, Fabian, 2005, *Der Gebrauch der eigenen Kräfte. Eine Gouvernementalität sozialer Arbeit*, Weinheim: Juventa
- ders., 2006, *Soziale Arbeit trotz(t) Bologna. Drei Szenarien zur Zukunft der Studiengänge im Feld Sozialer Arbeit*, in: Schweppe/Sting 2006, S. 71-87
- Konrad, Michael/Gnannt-Kroner, Sabine, 2004, *Hilfeplankonferenz als Herzstück personenzentrierter Umgestaltung*, in: *Kerbe*, 4, S. 16-19
- Kusche, Christoph/Krüger, Rolf, 2001, *Sozialarbeit muss sich endlich zu ihrem politischen Mandat bekennen!*, in: Merten 2001, S. 15-25
- Larsen, Trine P./Taylor-Gooby, Peter/Kananen, Johannes, 2004, *The Myth of a Dual-Earner Society. New Policy Discourses in European Welfare States*, Paper presented at the WRAMSOC (Welfare Reform and Management of Societal Change) Berlin Conference 23.-25.4.2004
- Lewis, Jane, 2003, *Erwerbstätigkeit versus Betreuungsarbeit*, in: Gerhard, Ute/Knijjn, Trudie/Weckwert, Anja (Hg.), *Erwerbstätige Mütter. Ein europäischer Vergleich*, München: Beck, S. 29-52
- Merten, Roland (Hg.), 2001, *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*, Opladen: Leske + Budrich
- ders., 2001a, *Soziale Arbeit: Politikfähigkeit durch Professionalität*, in: ders. 2001, S. 159-178
- Meyer, John W., 2005, *Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdrin-*

- gen, Frankfurt: Suhrkamp
- Münsteraner Erklärung, 2005, *Die Zukunft der Sozialen Arbeit gemeinsam gestalten. Zu den Aufgaben der Hochschulen in der Neubestimmung der Qualifizierungslandschaft*, <http://www.bundeskongress-soziale-arbeit.de/muensteranererklaerung.pdf>
- Müller, Siegfried, 2001, *Soziale Arbeit: Ohne politisches Mandat politikfähig*, in: Merten 2001, S. 145-152
- Olk, Thomas/Otto, Hans-Uwe (Hg.), 2003, *Soziale Arbeit als Dienstleistung. Grundlagen, Entwürfe und Modelle*, München/Unterschleißheim: Luchterhand
- Opielka, Michael, 2004, *Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven*, Reinbek: Rowohlt
- ders. (Hg.), 2005, *Bildungsreform als Sozialreform. Zum Zusammenhang von Bildungs- und Sozialpolitik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- ders., 2006, *Gemeinschaft in Gesellschaft. Soziologie nach Hegel und Parsons*, 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- ders., 2007, *Kultur versus Religion? Soziologische Analysen zu modernen Wertkonflikten*, Bielefeld: transcript
- ders./Müller, Matthias/Henn, Matthias, 2007, *Bedarf und Implementation von Evaluation in der Sozialen Arbeit. Forschungsbericht*, Jena: Fachhochschule Jena
- Otto, Hans-Uwe, 2007, *Zum aktuellen Diskurs um Ergebnisse und Wirkungen im Feld der Sozialpädagogik und Sozialarbeit – Literaturvergleich nationaler und internationaler Diskussion*, Berlin: AGJ
- ders./Schnurr, Stephan (Hg.), 2000, *Privatisierung und Wettbewerb in der Jugendhilfe. Marktorientierte Modernisierungsstrategien in internationaler Perspektive*, Neuwied/Kriftel: Luchterhand,
- ders./Thiersch, Hans (Hg.), 2001, *Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik*, 2. Aufl., Neuwied/Kriftel: Luchterhand
- Rüb, Friedbert, 2003, *Vom Wohlfahrtsstaat zum ‚manageriellen Staat‘? Zum Wandel des Verhältnisses von Markt und Staat in der deutschen Sozialpolitik*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft 34, S. 256-299
- Schulte-Kemna, Georg/Armbruster, Jürgen/Kluza, Rainer, 2004, *Hilfeplanung zwischen Individualisierung, Verbundorientierung und Bürokratisierung. Anmerkungen zu Klaus Dörners Kritik am Personenzentrierten Ansatz*, in: *Kerbe*, 4, S. 4-7
- Schweppe, Cornelia/Sting, Stefan (Hg.), 2006, *Sozialpädagogik im Übergang. Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung*, Weinheim/München: Juventa
- Seim, Sissel, 2000, *Marktförmige Steuerungsmodelle und Nutzerpartizipation - Zwischen Anspruch und Wirklichkeit*, in: Otto/Schnurr 2000, S. 155-173
- Spieß, C. Katharina/Wrohlich, Katharina, 2006, *Elterngeld: kürzere Erwerbspausen von Müttern erwartet*, in: *DIW-Wochenbericht*, 48, S. 689-693
- Stöbe-Blossey, Sibylle/Strotmann, Mareike/Tietze, Wolfgang, 2007, *Das Gütesiegel Familienzentrum NRW. Zertifizierung der Piloteneinrichtungen*, Düsseldorf: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW
- Thiersch, Hans, 2006, *Randnotizen zu Situationen und Perspektiven der Sozialen Arbeit*, in: Schweppe/Sting 2006, S. 31-40
- Ziegler, Holger, 2006, *Evidenzbasierte Soziale Arbeit. Über managerielle Praktiken in neo-bürokratischen Organisationen*, in: Schweppe/Sting 2006, S. 139-155